

Bern, 2. März 2026

Offener Brief an die Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Bern zur Totalrevision des Sozialhilfegesetzes des Kantons Bern

Wir, Verbände und soziale Organisationen des Kantons Bern, nehmen im Rahmen der Totalrevision des Sozialhilfegesetzes öffentlich Stellung.

Wir begrüssen die Vorschläge der Kommission für Gesundheit und Soziales, das Selbstbehaltsmodell für Gemeinden abzuschaffen sowie Verbesserungen für Kinder und Jugendliche vorzusehen. Diese Anpassungen zeigen, dass im politischen Prozess eine positive Entwicklung möglich ist, wenn soziale Realitäten berücksichtigt werden. Wir rufen den Grossen Rat dazu auf, diese Fortschritte in der Frühjahrssession zu sichern, um eine bedarfsgerechte Sozialhilfe zu gewährleisten.

Diese positiven Elemente dürfen jedoch unsere tiefen Bedenken hinsichtlich der generellen Ausrichtung der Revision nicht überdecken. Wir bedauern nicht nur deren Inhalt, sondern auch die Art und Weise, wie sie erarbeitet wurde.

Seit Beginn des Prozesses haben die Organisationen aus der Praxis gewarnt, argumentiert sowie ausführliche Stellungnahmen und konkrete Vorschläge eingebracht. Insbesondere haben wir:

- auf die problematischen Auswirkungen einer Verschärfung der Sanktionsmechanismen hingewiesen und die Risiken von Nichtinanspruchnahme, Stigmatisierung und Verletzung des Verhältnismässigkeitsprinzips betont;
- gefordert, das Niveau des Existenzminimums zu überprüfen, um die Würde von Menschen in Notlagen zu gewährleisten;
- die Schaffung einer unabhängigen, vom Kanton finanzierten Rechtsberatungsstelle vorgeschlagen, um den effektiven Zugang zum Recht für die betroffenen Personen sicherzustellen.

Diese Beiträge wurden jedoch in den aufeinanderfolgenden Entwürfen nur sehr marginal berücksichtigt. Mehrere zentrale Entscheide blieben trotz übereinstimmender Kritik der Fachorganisationen unverändert. Die im Rahmen der Vernehmlassung gegebenen Antworten gegenüber den Akteurinnen und Akteuren aus der Praxis haben keinen inhaltlichen Dialog über die Reform ermöglicht.

Eine Konsultation setzt voraus, dass die vorgebrachten Argumente ernsthaft geprüft und die Projekte gegebenenfalls entsprechend angepasst werden. Unsere Analysen wurden jedoch beiseitegeschoben, unsere Erfahrung entwertet und unsere Stellungnahmen weitgehend ignoriert – was den Eindruck symbolischer Konsultationsverfahren vermittelt.

Über die Methode hinaus bereitet uns auch der Inhalt der Revision Sorgen. Eine verstärkte Kontrolllogik und die stärkere Verknüpfung von Leistungen mit Auflagen drohen, den Druck auf Menschen in prekären Situationen zu erhöhen.

Dabei wissen wir aus der beruflichen Praxis:

- Eine Verschärfung des Zugangs zu Leistungen fördert die Autonomie nicht, wenn die Hindernisse struktureller Natur sind (Gesundheit, Ausbildung, Arbeitsmarkt);
- Eine Zunahme administrativer Anforderungen bindet Ressourcen, die in Begleitung und Integration investiert werden könnten;

- Eine Schwächung der Leistungen für Familien erhöht das Risiko von Kinderarmut – mit langfristigen Auswirkungen auf Lebensverläufe.

Soziale Arbeit beschränkt sich nicht auf die Anwendung administrativer Normen. Sie beruht auf Prävention, Begleitung sowie Förderung der Autonomie. Kostenreduktionen heute bedeuten eine Verlagerung von Belastungen auf andere Systeme in der Zukunft.

Wir sind überzeugt, dass das Gesetz in seiner jetzigen Form den sozialen Herausforderungen, mit denen der Kanton Bern konfrontiert ist, nicht vollumfänglich gerecht wird. Wir rufen den Grossen Rat dazu auf, sich gemeinsam mit uns für eine menschliche und gerechte Sozialhilfe einzusetzen und dabei die Erfahrung und Expertise der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zu berücksichtigen. Eine wirksame und gerechte Sozialhilfe ist keine Belastung, sondern schafft Rahmenbedingungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität des Kantons fördern.

Kontakt

Emilie Clavel
Co-Geschäftsleiterin AvenirSocial
e.clavel@avenirsocial.ch

Nadia Bisang
Co-Geschäftsleiterin AvenirSocial
n.bisang@avenirsocial.ch

Unterstützt von :

- Actio Bern - Fachstelle für Sozialhilferecht
- Berner Schuldenberatung
- BeVf - Berner Verband Familienbegleitung
- DJB - Demokratische Jurist*innen Bern
- DSI - Dachverband soziale Institutionen Biel Region
- Fokuspunkt
- Frieda
- Isa - Fachstelle Migration
- Jenzerberatungen
- Kirchliche Gassenarbeit Bern
- Kontext Mensch
- Kriso – Forum für kritische Soziale Arbeit
- NIP
- Pluto - Notschlafstelle für Jugendliche und junge Erwachsene
- Qualifutura
- SAGES - für gesundheitsbezogene Soziale Arbeit
- Sleep-In
- VPOD Bern